Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 144. | Dresden, Montag den 26. Juni 1916 | 27. Jahrg.

Neue Angriffe gegen den Reichskanzler.

Die konservativen Heißsporne benutzen jeden Anlaß, um ihre Fehde gegen die Politik des Reichskanzlers fortzuführen. Das Scheidemann in Breslau über die Anschauungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg gesagt und was darauf die Nordd. Allgem. Ztg. bemerkt hat, das brachte nichts Neues, sondern nur eine Bestätigung der Tatsache, daß der Reichskanzler Kriegsziele, wie sie die sechs Wirtschaftsverbände im Frühjahr 1915 hatten verlautbaren lassen, für weit übertrieben hält und abweist. Gleichwohl wird das Kesseltreiben gegen den Reichskanzler von den unentwegten Eroberungspolitikern sofort wieder aufgenommen. In der Kreuzzeitung wird dem preußischen Landtagsabgeordneten Henning, Vertreter für Kottbus, das Wort erteilt, der also schreibt:

„Da nun obige sozialdemokratische Kundgebungen (die Rede Scheidemanns) nicht nur keine Zurück- oder Zurechtweisung erfahren haben, sondern durch Stillschweigen amtlicherseits gebilligt worden sind, müssen dieselben als amtlich unwidersprochen, also als Ziele des Reichskanzlers verstanden werden und gelten. Diese Ziele würden demnach sein: Bedingungslose Rückgabe der eroberten feindlichen Landesteile, mithin auch keine Grenzberichtigungen.

Eine solche Annahme erscheint doch unmöglich. Es muß da also eine mißverständliche oder mißverstandene Auffassung vorliegen, die dringend einer Klärung bedarf!

Wir stehen vor neuen, schweren Blutopfern, vor einer neuen, gewaltigen Kriegsanleihe, vor opferwilligen Einschränkungen in der Ernährung unseres Volkes. Die Lage ist ernst, die Stellung der Regierung nach diesen Vorgängen widerspruchsvoll und keineswegs genügend geklärt! Zum Durchhalten gehört ein mutiger Wille und unbegrenztes Vertrauen zur obersten Leitung. Beides würde der Regierung willig und freudig entgegengebracht werden, wenn sie Klarheit schaffte!"

Diese Aeußerungen des Herrn Henning in der Kreuzzeitung beweisen nur von neuem die Einsichtslosigkeit jener Kreise, die unerfüllbaren Zielen nachjagen und dabei durch ihr fortgesetztes Wühlen gegen den leitenden Staatsmann dem Lande in der jetzigen schweren Zeit fortgesetzt Schwierigkeiten bereiten.

Noch viel schroffer als die Worte des Abgeordneten Henning sind Auslassungen der Hamburger Nachrichten und der junkerlichen Mecklenburger Warte. Aber auch der nationalliberale Deutsche Kurier äußert seine Unzufriedenheit mit der Politik des Kanzlers und kommt von neuem auf die Forderung zurück, den U-Bootskrieg schärfer aufzunehmen.

In der gleichen Richtung bewegen sich die Ausführungen des preußisch-altliberalen Abg. Fuhrmann in der Täglichen Rundschau. Die „Volksmehrheit", die Herr Fuhrmann zu vertreten vorgibt, sei in ihrem Vertrauensverhältnis zur Regierung einer „dauernd nicht tragbaren Belastungsprobe" ausgesetzt, wenn die Versuche der Sozialdemokratie, „den Reichskanzler auch in der äußeren Politik als ihren Mann hinzustellen", unwidersprochen blieben. Weiter heißt es in dem Artikel:

Der Abgeordnete Spahn hat jüngst im Reichstage darauf hingewiesen, daß der Reichstag und seine Parteien die Anschauungen des Kanzlers über die Friedensziele nur durch Einwirkungen beeinflussen könnten, „die sich von Mund zu Mund und nur in geschlossenem Raume vollziehen könnten und auch vollzogen hätten". Die Mitteilung des Abgordneten Scheidemann in Breslau läßt darüber keinen Zweifel, daß er und die Sozialdemokratie diesen Weg der Beeinflussung dauernd beschritten haben.

Herr Fuhrmann verrät keine Geheimnisse. Seit Beginn des Kriegs kämpft die Sozialdemokratie für Kriegsziele, die praktisch erreichbar und im Interesse der deutschen Völker erstrebenswert sind und die jede Vergewaltigung fremder Volksteile ausschließen. Die Sozialdemokratie würde es für eine Pflichtverletzung halten, wenn sie die Beeinflussung der Reichspolitik ungebindert denen überlassen würde, die durch ihr Streben nach nicht wünschenswerten und praktisch unerreichbaren Zielen eine Verlängerung des Kriegs auch über den Zeitpunkt hinaus bewirken würden, in dem die Gegner zum Frieden bereit sein werden.

Uebrigens lassen sich auch im Lager der Rechten recht gewichtige Stimmen vernehmen, die zum Vertrauen gegenüber dem Reichskanzler auffordern. Bei einer Zusammenkunft der preußischen Freikonservativen führte der Führer dieser Parteigruppe, Freiherr v. Zedlitz, aus, es bestehe die Gefahr einer Linksabwendung des Reichs- und Staatswagens. Es werde die Aufgabe seiner Partei sein, dieser Entwicklung, wenn sie zu weit gehen sollte, entgegenzutreten. Weiterhin besprach Freiherr v. Zedlitz die Stellung, die zur Politik des Reichskanzlers einzunehmen sei; darüber führte er aus:

„Es haben sich neuerdings Bestrebungen geltend gemacht von äußerst bedenklicher Art. Eine Partei von rein vaterländischer Gesinnung wie die unsrige kann an solchen Bestrebungen nicht vorübergehen, ohne dazu entschieden und klar Stellung zu nehmen. Indem ich das tue, weiß ich, daß ich in Ihrem Sinne spreche, wenn ich sage: Die Wahrung des Burgfriedens zwischen den Parteien selbst ist von Beginn des Krieges an von allen Kreisen als vaterländische Pflicht erkannt und durchgeführt worden. Auch wenn man nicht immer mit allen Maßnahmen der Leiter unserer Politik einverstanden sein zu können glaubt, würde es doch nach unserer Ueberzeugung einen in seinen Folgen nicht zu übersehenden Verstoß gegen dieses Gebot bedeuten, wenn Bestrebungen hervortreten sollten, die auf einen Wechsel in der Person des verantwortlichen Leiters der Reichspolitik abzielen. Solche Bestrebungen können wir nicht mitmachen. Deutschlands Politik, besonders die auswärtige, kann während des Krieges und bei dem überaus schwierigen Friedensschluß vom Kanzler **nur dann mit vollem Erfolg durchgeführt werden, wenn er von einmütiger Unterstützung getragen wird.** Nur so kann das Reich das Vollgewicht seiner Macht sowohl bei den Entschließungen der Neutralen als bei der Gestaltung der Verhältnisse am Friedensschluß in die Wagschale werfen."

Das unbesonnene Draufgängertum dürfte sich auch durch die Mahnungen des Herrn v. Zedlitz nicht zur Räson bringen lassen. Nur die freie Aussprache in der Oeffentlichkeit könnte die Minierarbeit der überspannten Eroberungspolitiker gänzlich überwinden.

Starke Angriffe der Franzosen – Die Armee Linsingen seit 16. Juni 12000 Russen gefangengenommen, 2 Geschütze, 54 Maschinengewehre erbeutet.

(W. T. B.) Amtlich Großes Hauptquartier, den 26. Juni 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Die Kampftätigkeit an unserer nach Westen gerichteten Front gegenüber der englischen und dem Nordflügel der französischen Armee war, wie an den beiden letzten Tagen, bedeutend.

Westlich des „Toten Mannes" scheiterten nächtliche feindliche Vorstöße im Artillerie- und Maschinengewehrfeuer.

Rechts der Maas endete abends ein Angriff sehr starker Kräfte gegen die deutschen Stellungen auf dem Rücken „Kalte Erde" mit einem völligen Mißerfolge der Franzosen. Sie sind unter großen Verlusten, teilweise nach Handgemenge in unseren Linien, überall zurückgeworfen.

Deutsche Fliegergeschwader griffen englische Lager bei Pas (östlich von Doullens) mit Bomben an.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Abgesehen von teilweise reger Artillerietätigkeit und einigen Gefechten kleiner Abteilungen ist vom nördlichen Teile der Front nichts Wesentliches zu berichten.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen.

Westlich von Sokul und bei Zaturcy dauern heftige, für uns erfolgreiche Kämpfe an.

Die Gefangenzahl ist seit dem 16. Juni auf 61 Offiziere, 11 097 Mann, die Beute auf 2 Geschütze, 54 Maschinengewehre gestiegen.

Die Lage bei der

Armee des Generals Grafen v. Bothmer

ist im allgemeinen unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

Amsterdam, 26. Juni. Einem hiesigen Blatte zufolge erfahren die Times aus Neuyork vom 25. Juni: Roosevelt werde morgen einen Brief veröffentlichen, in dem er es ablehnt, die Präsidentschaftskandidatur der Fortschrittspartei anzunehmen und in dem er die Mitglieder der Partei auffordert, für Hughes zu stimmen. Roosevelt ist davon überzeugt, daß eine Niederlage Wilsons im Interesse des Landes gelegen sei. Die Mehrzahl der Fortschrittler wird dem Rate Roosevelts Folge leisten.

Der französische Heeresbericht.

Paris, 26. Juni. Amtlicher Bericht vom Sonntag nachmittag: Auf dem linken Ufer der Maas wurde ein deutscher Angriff gegen die Schützengräben auf den Südabhängen des Toten Mannes durch unser Feuer zum Stehen gebracht. Auf dem rechten Ufer dauerten die Kämpfe im Laufe der Nacht im Abschnitt des Werkes Thiaumont an. Französische Gegenangriffe eroberten einige Grabenabschnitte westlich des Werkes. Die Franzosen machten einige Fortschritte im Dorfe Fleury durch Handgranatenangriffe. In den übrigen Abschnitten dauerte die Beschießung ohne Infanteriekampf an. In Lothringen wurde eine starke deutsche Erkundungsabteilung im Chemimol-Walde nordöstlich von Pont-a-Mousson zerstreut. In den Vogesen scheiterte ein deutscher Versuch gegen unsere Stellungen im Fabe-Tale vollständig. Im Laufe der Nacht vom 24. zum 25. Juni warfen die Flieger Bomben auf Luneville, Baccarat und St. Dié. Der Sachschaden ist wenig bedeutend, doch wurden Kinder verwundet. Hiervon wurde Kenntnis genommen im Hinblick auf Vergeltungsmaßnahmen.

Amtlicher Bericht von gestern abend: Auf beiden Ufern der Maas ist es, wie gemeldet wird, zu keiner Infanterietätigkeit während des Tages gekommen. Auf dem linken Ufer herrschte kräftige Artillerietätigkeit in den Gegenden der Höhe 304, am Toten Mann und bei Chattancourt. Auf dem rechten Ufer verdoppelte sich die Heftigkeit des Bombardements von 5 Uhr abends an in den Abschnitten Kalte Erde und Fleury. Von der übrigen Front ist, außer der gewöhnlichen Kanonade, kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

Belgischer Bericht: Der Tag verlief auf dem nördlichen Teile unserer Front ruhig. Weiter südlich und besonders in der Gegend von Dixmuiden Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. Im Abschnitte zwischen Sternstraate war der Artilleriekampf und der Kampf mit Schützengrabenmörsern heftig.

Die neuen Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung.

Ein Vertreter des Berliner Tageblattes hat eine Unterredung mit dem Präsidenten des Reichsernährungsamtes v. Batocky gehabt, in der dieser dargelegt hat, welche Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung das Reichsernährungsamt in Aussicht genommen hat. In dieser Unterredung erklärte der Herr v. Batocky folgendes:

Eine Aenderung der Brotgetreidepreise ist ausgeschlossen, Hafer und Gerste werden niedrigere Preise erhalten. Die Höhe steht noch nicht fest. Dagegen sollen, um im August und September die Brotration für Arbeitende erhöhen zu können, **angemessene Zuschläge als Druschprämien** für August bewilligt werden. Es soll dadurch eine möglichst schnelle Ablieferung des Getreides von den in dieser Zeit stark mit Arbeit belasteten landwirtschaftlichen Betrieben erreicht werden. Die Kartoffelverordnung wird auf Grund eingehender Beratungen im Vorstande des Kriegsernährungsamts und in der Versammlung der bundesstaatlichen Vertreter nächster Tage erlassen werden. Sodann schweben Erwägungen im Kriegsernährungsamt über eine allgemeine Rationierung des Fleischbedarfs der Zivilbevölkerung (Reichsfleischkarte). Ein starker Anbau der Oelfrüchte soll durch Festsetzung eines gleichbleibenden, lohnenden Preises schon für die Ernte 1917 unter Einräumung des Rechts auf Rücklieferung eines Teiles der Preßrückstände für Kleinbetriebe, die Haushaltsöl selbst auszuschlagen gewohnt sind, gefördert werden.

Dann äußerte sich Herr v. Batocky über die Butter-, Fett- und Fleischversorgung. Die Verteilung von Butter und Fett sei bisher sehr ungleichmäßig gewesen. Eine gleichmäßige Versorgung sei geboten und das Kriegsernährungsamt werde daher in einer Reichsfettstelle die Maßnahmen zusammenlaufen lassen, durch die für eine zweckmäßige Verteilung von Butter, Margarine und Fett gesorgt werden soll. Durch Zuwendung von Futtermitteln an die Molkereien zur Weitergabe an die Landwirte soll eine möglichst große Steigerung der Butter- und Milchproduktion erreicht werden. Der Fleischmangel sei auf die völlige Futternot zurückzuführen. Eine Besserung der Verhältnisse stände in Aussicht. Die Befürchtung, daß der Zucht- und Milchviehbestand vernichtet würde, sei grundlos. Die Milchviehbestände würden nur in geringem Prozentsatz angegriffen und nur hinsichtlich solchen Viehes, das für die Milchleistungen weniger in Frage käme. Der Zuchtviehbestand würde geschont, die Zahl des Jungviehes hätte sich gehoben. Demgegenüber sei die Zahl der Schweine erheblich geringer geworden. Um die Versorgung der Großstädte mit Milch und Fleisch sicherzustellen, würden Futtermittel mit der Verpflichtung abgegeben werden, Schweine in bestimmtem Gewicht und in bestimmter Menge zu liefern. Das Hausschlachtverbot soll auf keinen Fall wieder eingeführt werden. Eine übermäßige Eindeckung mit Fleisch soll durch Anmelde- und Genehmigungsbestimmungen verhütet werden. Bei einer Rationierung des gesamten Fleischbedarfs müßten selbstverständlich die durch Hausschlachtung gewonnenen Vorräte angerechnet werden, den Inhabern von Hausschlachtwaren müßte dann ein kleiner Teil der Fleischmarken belassen werden, damit sie gelegentlich frisches Fleisch einkaufen können. Daß man im Juli und August den Fleischgenuß völlig verbiete, sei nicht zu befürchten, anders liege die Frage, ob man nicht im September dazu schreiten soll, wenn man eine zuverlässige Uebersicht über die neue Ernte hat. Ein fester Beschluß darüber könne noch nicht gefaßt werden. Nach dem Ausfall der Ernte würde es sich richten, ob man die bestehende Rationierung beim Getreide beibehalten oder, was sicher zu hoffen sei, wenigstens der schwer arbeitenden Bevölkerung eine größere Menge auf den Kopf werde geben können. Die Einführung von Massenspeisungen hält Herr v. Batocky für sehr erwünscht. Schließlich sprach der Präsident des Reichsernährungsamtes noch davon, daß das Kriegsernährungsamt die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft übernehmen werde. Im Herbst und Winter werde man sich ernstlich mit dieser Frage befassen. Es handle sich dabei um einen Ausgleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr, damit unsere Valuta nicht weiter ungünstig beeinflußt werde. Das eine könne schon gesagt werden, daß wir mit allen Kräften danach streben müssen, uns in unseren landwirtschaftlichen und Rohstoffprodukten vom Auslande unabhängig zu machen. Man müsse zum Beispiel auch an eine kräftige Förderung des Anbaues von Oelfrüchten denken, damit eine solche Fettkalamität wie augenblicklich nicht mehr möglich sei. Die Produktion von Oelfrüchten müßte dann allerdings durch hohe Preise unterstützt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160626/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG